

Stadt sieht keine Gefahr für Kita

Knesebeck: Aushub ist laut Rathaus unbedenklich / Freifläche wird geprüft

VON HOLGER BODEN



Die Stadtverwaltung sieht die Bodenverhältnisse auf der Knesebecker Kita-Baustelle als unproblematisch für die Realisierung des Vorhabens an. archivFoto: temme

Knesebeck – Ist der Boden, auf dem die neue Kita in Knesebeck gebaut wird, mit Schadstoffen belastet? Nach Darstellung der Witteringer Verwaltungsspitze stellt der Zustand des Untergrunds kein Problem für das Projekt am Beck dar. Angesichts der jüngsten Diskussion um etwaige Gesundheitsgefährdung durch das Erdreich lässt die Stadt nun aber auch noch die künftige Freifläche untersuchen.

Bislang ging es bei der Beprobung allein ums Baufenster. Dort, wo das Gebäude einmal stehen soll, ist laut Stadtbürgermeister

Andreas Ritter Mutterboden bis zu einer Tiefe von 40 Zentimetern abgetragen worden. Die Wieder- oder Weiterverwendbarkeit solchen Aushubs richtet sich nach sogenannten Zuordnungswerten der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall. „Z0“ steht für uneingeschränkte Verwendung, mit der Höhe des Wertes steigen die Einschränkungen.

Laut Ritter gibt es seit dieser Woche Klarheit, dass der Mutterboden der Klasse Z0 zuzuordnen ist. Dieser sei somit völlig unbedenklich. Weil am Kita-Standort keine Verwendung dafür sei, werde man ihn wohl auf das ehemalige OHE-Gelände in Wittingen bringen, dort fehle solcher Boden. Am Montag war in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses noch mitgeteilt worden, dass ein Teil des Aushubs der Klasse Z1 zuzurechnen sei – das waren aber nach Angaben des Ersten Stadtrats Holger Schulz „vorläufige“ Erkenntnisse, die sich im Laufe der Woche nicht bestätigt hätten. Beide Halden seien damit uneingeschränkt wiederverwendbar. Die zunächst im Raum stehenden hohen Entsorgungskosten seien damit passé.

Gleichwohl gab es in einem Gutachten vom April 2019, das sich laut Ritter auf Proben in 20 bis 80 Zentimeter Tiefe bezog, auch den Wert Z2 – an zwei Stellen, bei 20 beprobten Punkten. Dieser erhöhte Wert jedoch, so der Rathauschef, habe sich auf Stellen in der Bodenschicht unterhalb des nun erfolgten Aushubs bezogen. Es geht dabei um PAK, polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe. Weil diese Substanzen als krebserregend gelten, hatte es in Knesebeck Verunsicherung gegeben.

Dass die Stadtverwaltung die Lage als unproblematisch für das Bauprojekt ansieht, liegt laut Ritter auch an einem weiteren Gutachten vom Februar 2020: Darin heiße es, das Grund- und Sickerwasser sei ohne Befund, die PAK im Boden daher offenkundig unlöslich. Für die Kita gebe es damit keine Gefahr: „Da kommt die Bodenplatte drüber.“ Dem Gutachter zufolge rechtfertige die Situation „keine weiteren Untersuchungen und Sanierungen“.

Die Freifläche, die neben dem Gebäude übrig bleiben soll, wird nun also auch noch einmal geprüft, laut Schulz wird es wohl Proben von drei bis vier Stellen geben. Ritter glaubt, dass die Ergebnisse keine PAK-Belastung zeigen werden.

In der Stadtpolitik dürfte die Sache vier Wochen vor der Kommunalwahl ein Thema bleiben. Christian Schroeder (Grüne), der Ende Juli öffentlich auf die Erkenntnisse von 2019 hingewiesen hatte, musste in der Bauausschusssitzung Kritik von Dr. Thomas Weiland (FWG) einstecken: Die Öffentlichkeit sei unnötig verunsichert worden, von einer „Entsorgung“ des Mutterbodens könne keine Rede sein. Schroeder sagte, den Vorwurf lasse er nicht gelten, da er selbst von Bürgern auf das Thema angesprochen worden sei und daraufhin Akteneinsicht genommen habe. Für die Grünen bleibe es eine offene Frage, warum die Politik über die Ergebnisse des fast zweieinhalb Jahre alten Gutachtens nicht eher informiert worden sei.

Die Forderung nach Klärung dieser Frage hat sich derweil auch die FWG zu eigen gemacht: Friedrich Lührs hatte vor dem Bauausschuss den Antrag gestellt, das Gutachten zu veröffentlichen, es in der Sitzung vorzustellen und „vollumfassend aufzuarbeiten, warum das vorhandene Gutachten nicht der Verwaltungsspitze und den politischen Entscheidern zur Verfügung gestellt wurde“.

Mit Blick auf die noch vorläufigen Ergebnisse und laufenden Untersuchungen erklärte sich die FWG damit einverstanden, die Behandlung des Antrags zu vertagen. Nachgeholt werden könnte das im nächsten Sozialausschuss, wie es am Montag hieß – ein solcher ist allerdings (bisher) vor der Kommunalwahl nicht terminiert.